Bätzing: Keine Spaltungsgefahr durch katholischen Reformprozess

Von Christoph Arens (KNA)

Fulda (KNA) Der Reformprozess in der katholischen Kirche in Deutschland birgt nach Einschätzung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing, keine Spaltungsgefahr. " Wir sind Kirche im Kontext der katholischen Weltkirche und werden das bleiben. Es gibt keine Tendenzen, uns als Nationalkirche abzuspalten ", sagte der Limburger Bischof am Dienstag in Fulda am Rand der Herbstvollversammlung der Bischöfe.

Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki hatte in der vergangenen Woche erklärt, es wäre das schlimmste Ergebnis des sogenannten Synodalen Wegs, wenn dieser " in die Spaltung" hineinführt und zu einer deutschen Nationalkirche führe.

Bätzing betonte, der Synodale Weg gehe gut voran. "Wir schauen nach vorne." Die Stimmung unter den Bischöfen sei gut, auch wenn es inhaltliche Differenzen gebe. Ein am Mittwoch geplanter Studientag wolle die Konzeptionslinien ausloten und dazu beitragen, dass " wir als Bischöfe beieinander bleiben" .

Bätzing betonte, er sehe in der jüngsten Mahnung aus dem Vatikan zur Ökumene " keine schallende Ohrfeige" . Die Kritik der Römischen Glaubenskongregation an einem evangelisch-katholischen Vorschlag für eine wechselseitige Einladung zur Kommunion sei detailliert und gewichtig. Er habe aber von Anfang an erwartet, dass es in beiden Kirchen zu einer kritischen Diskussion über die Vorschläge des Ökumenischen Arbeitskreises (ÖAK) kommen würde. In manchen Punkten trifft die Kritik aber die Intention des ÖAK-Papiers nicht.

Der ÖAK hatte vorgeschlagen, dass evangelische und katholische Kirche künftig ihren Mitgliedern gestatten sollten, in Gottesdiensten der je anderen Konfession an Abendmahl oder Eucharistie teilzunehmen. Dies sollte nach einer Ankündigung Bätzings auch beim nächsten Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) in Frankfurt so praktiziert werden.

Der Konferenzvorsitzende kündigte an, die Bischöfe wollten noch in dieser Woche ein System für die Anerkennung des von Missbrauchsoptionen erlittenen Leides beschließen. Dabei gehe es um zu zahlende Summen, aber auch um die Installation eines Betroffenenbeirats. Einem Grundsatzbeschluss vom Frühjahr zufolge will sich die Kirche an der zivilrechtlichen Schmerzensgeldtabelle orientieren. Diese sieht für sexuellen Missbrauch derzeit Summen zwischen 5.000 und 50.000 Euro pro Fall vor.

Bätzing forderte von der Bundesregierung und der EU die Bereitschaft, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Maßnahmen, die nur auf die Abwehr von Flüchtlingen gerichtet seien, seien unchristlich, sagte er. Notwendig sei ein geordnetes europäisches System, das die Rechte der Flüchtlinge auf Asyl berücksichtige.

Die Initiative *Wir sind Kirche* rief die Bischöfe unterdessen zu einem mutigen Reformkurs auf. Weder die Corona-Krise noch das wiederholte Sperrfeuer aus Rom dürften den dringend notwendigen Reformprozess abbremsen, erklärte Bundessprecher Christian Weisner. Ansonsten drohe der Auszug vieler engagierter Katholikinnen und Katholiken aus der Kirche.

Eine der Mit-Initiatorinnen der Reformbewegung Maria 2.0, Elisabeth Kötter, forderte erneut eine Weihe von Frauen. Die Kirchenoberen hätten aus Jesu Botschaft eine Männerwirtschaft gemacht, sagte sie im Deutschlandfunk. Vieles sei der jüngeren Generation kaum noch zu vermitteln. Eine Revolution sei nötig.

Die stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Claudia Lücking-Michel, sagte dem SWR, Ziel müsse sein, dass alle Getauften und Gefirmten eine " gleichberechtigte Zugangsmöglichkeit zu allen Ämtern" bekommen, "die die katholische Kirche zu bieten hat ."

Zuletzt geändert am 23.09.2020